

Beschluss

Freier Funk für eine freie und offene Gesellschaft

Das Surfen mit dem Tablet im Park, der Preisvergleich auf dem Handy im Einkaufszentrum oder das Chatten mit Freund*innen im Zug. Immer öfter nutzen wir im Alltag mobile Zugänge zum Internet. Der freie Zugang und die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet ist eine der zentralen Fragen von Teilhabe unserer Zeit. Bis 2018 wird mit einer Verzehnfachung des mobilen Datenverkehrs gerechnet. Noch immer gibt es nicht überall ein schnelles mobiles Datennetz. Außerdem ist die Nutzung oft durch eine Daten-Drosselung der Anbieter*innen beschränkt. Im europäischen Vergleich sind die Kosten für Mobilfunk-Zugänge irritierend hoch und auch bei der Geschwindigkeit sind wir alles andere als führend. Der Ausbau von kostenlosen und frei zugänglichen WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum – z.B. auf dem Marktplatz, der Schule, in Bäckereien, der Bibliothek oder in Flüchtlingsseinrichtungen – gewinnt dadurch an erheblicher Bedeutung.

Wir wollen WLAN ohne Abzocke!

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen die Vorzüge der Digitalisierung nutzen können. Der Internetzugang außerhalb der eigenen Wohnung darf nicht vom Geldbeutel abhängen und ein Luxusgut sein. Dem entgegen stehen die kommerziellen Anbieter, die teils horrenden Preise oder persönlichste Daten von den Nutzer*innen fordern. Das ist nicht nur unverschämte, sondern grenzt viele Menschen vom Zugang zu digitalen Informationen und Teilhabe aus. Wir wollen daher auf europäischer Ebene eine Regulierung der Kosten für kommerzielle WLANs anstoßen – so wie es mit Regulierung der Roaming-Gebühren im Mobilfunk auch erfolgreich geklappt hat. Dadurch beenden wir diese unlauteren Praktiken und treiben die Digitalisierung in ganz Europa voran. Gleichzeitig sagen wir klar: Einen Deal, die Kosten zu senken, gleichzeitig aber die Netzneutralität zu verramschen, machen wir nicht mit!

Das Anbieten des Internetzugangs via WLAN ist heute durchaus auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wirtschaftsbetriebe und öffentliche Verkehrsmittel wie Fern- und Regionalzüge, S-Bahnen und Fernbusse gewinnen für die Menschen an Attraktivität, wenn sie mit WLAN ausgestattet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, bei allen Angeboten der Deutschen Bahn darauf hinzuwirken, diese kurzfristig mit kostenlosem WLAN und Steckdosen ausgestattet werden. Dobrindts großspurige Ankündigungen dürfen keine warmen Worte bleiben!

GRÜNE – Teil der Freifunkbewegung!

Zur Teilhabe an der Digitalisierung tragen auch tausende Menschen bundesweit bei, die seit Jahren als Freifunker*innen dezentrale und selbstverwaltete freie WLANs aufbauen. Durch die Bereitstellung und Einrichtung von Freifunkroutern helfen sie dabei, möglichst flächendeckend freie und kostenlose Zugänge zu schaffen, die es unter anderem erlauben, das Internet kostenlos, anonym und unzensuriert zu nutzen.

Auch wir GRÜNE sind Teil der Freifunkbewegung und stehen an der Seite der Freifunker*innen vor Ort.. Wir unterstützen die Freifunk-Philosophie seit langem politisch und praktisch, arbeiten mit vielen Freifunk-Initiativen vor Ort zusammen und fördern deren Arbeit. Dabei ist es uns auch wichtig zu betonen, dass es beim Freifunk nicht nur um kostenlosen WLAN-Zugang ins Internet geht. Die Struktur des Internets muss - wie wir dies auch bei der Energieversorgung fordern - dringend dezentralisiert werden. Freifunknetze können nämlich auch wunderbar lokale Dienste anbieten wie Videotelefonie oder lokale Webseiten ohne dass hierfür Daten über das Internet geroutet werden müssen. Das "Athens Wireless Metropolitan Network" in Athen macht dies vor. In den letzten Monaten und Jahren haben viele grüne Fraktionen in die kommunalen Gremien Anträge eingebracht, um den Ausbau von Freifunk zu fördern. In vielen grünen Büros, auch unserer Bundesgeschäftsstelle, stehen bereits Freifunk-Router.

Wir empfehlen unseren Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden und auch allen Mitgliedern: Stellt in euren Büros oder zu Hause Freifunk-Router auf und leistet damit einen aktiven Beitrag zur Überwindung der digitalen Spaltung, indem ihr offene und freie Zugänge zum Internet schafft!

Digitale Teilhabe als Chance zur sozialen Integration

Um mehr Teilhabe an der digitalen Gesellschaft zu ermöglichen, ist Freifunk als freies und offenes Bürgernetz die ideale Lösung: Freifunk-Netze bieten Entwicklungspotential für bürgerschaftliches Engagement und fördern durch vielfältige Möglichkeiten auch neue kreative Ideen. Der freie Zugang zum Internet hilft schon heute, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Hürden zu überwinden und Brücken zu schlagen. So ist es beispielsweise für die zu uns kommenden Geflüchteten oft die einzige Möglichkeit, regelmäßig Kontakt zu Familie und Freund*innen aufrecht zu halten, sich vor Ort zu informieren und zu vernetzen und so eine neue Lebensbasis aufzubauen. Darum fordern wir eine schnellstmögliche Einrichtung freier und offener WLAN-Zugänge in Einrichtungen der Erstaufnahme, gemeinschaftlichen Gruppenunterkünften und bei den Einrichtungen der Flüchtlingshilfe! Freifunk sehen wir auch unter einem bildungspolitischen Aspekt: Kinder und Jugendliche können hier aktiv werden und schon früh an die Funktionsweisen der informationstechnischen Vernetzung herangeführt werden. Wir GRÜNE wollen uns auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass Freifunk-Initiativen einfach gemeinnützige Vereine werden können.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, auf allen Ebenen des staatlich organisierten öffentlichen Lebens, also in den diversen Verwaltungsgebäuden, in sozialen Einrichtungen wie Jobcentern, Sozialämtern, Ausländerbehörden, in Bildungseinrichtungen von Schulen aller Art über Museen bis zu den Zentren und Begegnungsstätte verschiedenster Ausrichtung, offene und freie WLAN-Zugänge zu schaffen. Alle Menschen sollen so die Chance erhalten, in einem Mindestmaß am Geschehen im Netz teilhaben zu können, da unser Zusammenleben immer stärker im und durch das Internet gestaltet wird. Hier in einem Mindestmaß teilhaben zu können sollte genauso selbstverständlich sein wie in einem Mindestmaß mit Strom, Wasser, Straßennetz, medizinischer Versorgung oder Sicherheits- und Rechtsinfrastruktur versorgt zu sein.

Die Pläne von Union und SPD zementieren Rechtsunsicherheit

Es gibt jedoch seit langem ein großes Hindernis für den Ausbau freier WLANs: Die sogenannte Störerhaftung. Im Mai 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) zur Störerhaftung bei offenen und ungesicherten WLANs eine Entscheidung verkündet, die zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit auf Seiten von WLAN-Betreiber*innen führte: Begeht jemand Drittes über ein offenes WLAN, z.B. eine Urheberrechtsverletzung - egal ob bewusst oder nicht -, wird die Betreiber*in des WLANs in Haftung genommen. Für viele kleine Unternehmen wie Kneipen, Bars, Cafés aber auch öffentliche Einrichtungen, wurde die Bereitstellung eines rechtssicheren offenen WLANs damit zu einer unüberwindbaren Hürde. Auch kleine und mittelständische Unternehmen sollen, genauso wie

diejenigen, die ihre Netze Nachbarn oder Flüchtlingen anbieten wollen, unbürokratisch und selbstorganisiert freies WLAN anbieten können.

Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für eine einfache und zielführende Lösung ein, die Ausweitung des sogenannten Providerprivilegs auf Betreiber*innen offener WLANs, wie sie im Telemediengesetz explizit vorgesehen ist. Menschen gehören nicht bestraft und kriminalisiert, nur weil sie etwas Gutes tun, in dem sie anderen Menschen einen Internetzugang zur Verfügung stellen. Denn bereits heute haften Telekommunikationsanbieter*innen (Provider wie die Telekom, Vodafone und Co.) nicht für die Dinge, die ihre Kund*innen über ihre Zugänge tun – ansonsten wäre ein ganze Branche nicht mehr existent. Trotz allem Druck und etlichen Initiativen auf Bundes- und Landesebene, blocken die verschiedenen Bundesregierungen seit Jahren unsere Vorschläge ab.

Es kommt noch schlimmer: Der nun vorliegende Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums für eine Neuregelung der Störerhaftung würde die bestehende Rechtsunsicherheit in Gesetzesform gießen und bedroht die Zukunft vieler Freifunk-Initiativen massiv! Die Bundesregierung schafft ein zumindest für Kleinanbieter*innen kaum beherrschbares Bürokratiemonster und einen riesengroßen Bremsklotz für den WLAN-Ausbau in Deutschland. So werden die eigenen Ausbauziele der Bundesregierung konterkariert.

Überwachungsphantasien der Bundesregierung

Die – heute bereits rechtlich explizit geschützte – Möglichkeit der anonymen Nutzung des Internets muss gerade in Zeiten anhaltender Überwachungs- und Geheimdienstskandale und der immer größeren Datensammelwut von Unternehmen, möglich bleiben, verteidigt und ausgebaut werden. Das Surfen bei einem Cappuccino in einer Bar oder beim Warten am Bahnhof muss auch weiterhin anonym möglich sein!

Neben den fatalen Plänen der Bundesregierung zur Störerhaftung, plant die Bundesnetzagentur mit der zukünftigen Verpflichtung zur Bereitstellung von Überwachungsschnittstellen in größeren WLANs bereits den nächsten Frontalangriff auf den flächendeckenden Ausbau dieser Technik. Das enorme Risiko, das Hunderttausende unbescholtener Bürgerinnen und Bürger von diesen Überwachungsmaßnahmen mitbetroffen sind, wird weiterhin durch die Bundesregierung ignoriert. Denn anders als bei der Überwachung eines einzelnen privaten Anschlusses, teilen sich WLAN-Nutzer*innen einen Zugang und werden damit allesamt zum gemeinsamen Ziel staatlicher Überwachung.

Die geplante Neuauflage der Vorratsdatenspeicherung ist nicht nur aus freiheitsrechtlicher Perspektive eine Katastrophe, sondern unter anderem auch ein schwerer Schlag gegen die Freifunk-Initiativen. Da diese teilweise als Provider fungieren, um somit die erwähnte Providerhaftung zu genießen, sind sie zukünftig bei entsprechenden Anfragen im Rahmen der Vorratsdatenspeicherung voll auskunftspflichtig. Zudem werden die Kosten allein für die Einrichtung der vorzuhaltenden Infrastruktur durch die Bundesnetzagentur auf mindestens 100.000 Euro pro AnbieterIn geschätzt. Die schwarz-rote Regierungskoalition will jede ZugangsanbieterIn zwingen, horrend Summen in die Umsetzung eines verfassungswidrigen Gesetzes zu investieren. Ehrenamtliche Anbieter wie die Freifunk-Initiativen können dies nicht leisten, weshalb die Vorratsdatenspeicherung die Freifunk-Initiativen weiter existenziell bedrohen würde. Eine Stimme für Freifunk ist damit auch eine Stimme gegen die Vorratsdatenspeicherung!

Grün kämpft für das freie Internet!

Wir GRÜNE stellen uns den Überwachungsphantasien der Bundesregierung auch weiterhin entschieden entgegen und kämpfen für freie und offene Internetzugänge, auch und vor allem über Freifunk! In den Ländern, im Bund und Europa streiten wir auch weiterhin für eine verbraucherfreundliche und rechtssichere Regelung der Störerhaftung - nämlich die Abschaffung derselben. Den Überwachungsplänen durch die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung oder die

Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung auf WLANs werden wir uns auch weiterhin auf allen Ebenen klar entgegenstellen.